

Neuenbürg  
b. H.  
jeder Art, auch von  
Anfang an:  
6 1/2 %  
7 %  
8 %

Stahlmäschinen  
Erläuterte  
Zahlungsbedingungen



Mit Motor u. Nählicht  
Weihnachtswunsch  
AKTIENGESELLSCHAFT  
Zuhause  
Friedrichstraße 58

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

Zimmer  
80 —, Waschkommode mit  
Preis 145 —, 2 Betten  
55 —, Wohnstühle 40 —  
16 —, Schuhschrank 7.50

# Der Enztäler.

## Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

### Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Nr. 291. Montag, den 13. Dezember 1926. 84. Jahrgang.

#### Politische Wochenrundschau.

Der württembergische Landtag hat in der letzten Woche das Gewerbesteuergesetz in zweiter Lesung erledigt. Der Ausgang war so eigenartig, daß die derzeitige politische Lage mehr als ernst besichtigt werden muß. Die weitestgehenden Widerstandsmaßnahmen der Demokraten, die für den Staatshaushalt einen Einwandsantrag von drei Millionen Mark beabsichtigten, wurden abgelehnt. Aber auch die meisten und gerade die wichtigsten Widerstandsvorläufe von Bürgerpartei und Zentrum, die einen Steuerantrag von 15 Millionen Mark ausmachten, verfielen der Ablehnung durch die äußerste Rechte, den Sozialdemokraten, und die äußerste Linke, die Kommunisten und Sozialdemokraten. Auf der anderen Seite wurden Anträge des Bauernbundes auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit den höheren Sätzen mit den Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten angenommen. Wirklich eine sehr eigenartige Parteigruppierung, Bauernbund zusammen mit Kommunisten und Sozialdemokraten! Seitens der Rechten, sämtlich des Bauernbundes, der zu einem Kompromiß bereit gewesen sein soll, wird der Demokratie die Schuld an dieser absonderlichen Haltung des Bauernbundes zugeschoben, weil diese im Lande drohen gegen die Landwirtschaft und die Regierung gehet habe. Die Demokratie ihrerseits wirft der Regierung vor, daß sie bauernfreundlicher, aber industri- und handelsfeindlich sei; also Korporisten hüten wie drüben, dabei der mangelnde Wille, zu einem einigermaßen befriedigenden Einverständnis zu gelangen. Im gegenwärtigen Landtag ist ohne den Bauernbund so gut wie nichts zu erreichen. Bei den vielen Reden der letzten Woche ist viel Vorlesung verlesen worden, und die Parteien haben nun in dieser Woche, in der Landtagssitzung ist, Zeit, sich den Schanden zu bedienen und zu überlegen, was sie am 15. und 16. Dezember bei der dritten Lesung und Schlußabstimmung über das Gewerbesteuergesetz tun wollen. Die Aussichten sind nicht rosig. Zentrum und Bürgerpartei lassen verlauten, daß das Gewerbesteuergesetz in seiner jetzigen Fassung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unannehmbar sei, das das Gewerbe zu hart belastet werde, und daß sie daher in der Schlußabstimmung nicht zustimmen würden. Der Bauernbund verweigert sich aber weiter den Beschlüssen der mit ihm zu einer Fraktion zusammengefügten Bürgerpartei und beharrt auf seiner Stellungnahme von der zweiten Lesung. Bei dieser Sachlage ist es, da zudem die Regierung keineswegs gewillt ist, ihren Entwurf zurückzugeben, nicht ausgeschlossen, daß der Gewerbesteuerkompromiß in der Schlußabstimmung von allen Parteien abgelehnt wird, von den einen, weil er zu hart, von den anderen, weil er nicht weitgehend genug ist. Als Folge kommt dann nur eins in Betracht: Rücktritt der Regierung. Da bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen im Landtag eine andere Regierungsbildung gar nicht anzudeuten wäre, wäre die weitere Folge nur die Landtagsauflösung. Die Parteien haben noch eine halbe Woche Zeit, sich in einem Kompromiß, ohne den es im Leben nun einmal nicht geht, zu verständigen oder dem württembergischen Volk als höchstes Weihnachtsgeschenk eine Regierungsbildung zu beschreiben. Wenn das Wohl des ganzen Landes höher steht als das unmittelbare Parteinteresse, kann die Entscheidung nicht immer fallen.

In der Außenpolitik des Reiches sind unsere Kräfte nach dem Scheitern, was am Montag die Ratssitzung des Völkerbundes ihren Anschlag genommen hat. Von besonderer Wichtigkeit sind vor allem die inoffiziellen Verhandlungen der Außenminister über die Frage der Abberufung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland. Von Deutschland ist diese Frage in den Vordergrund gerückt worden, wobei man die Auffassung vertritt, daß ein automatisches Inkrafttreten des bestimmten Investitionssystems des Völkerbundes nach Aufhebung der Militärkontrollkommission ohne ausdrückliche Erlaubnis Deutschlands keineswegs erfolgen könne. Ein Vermittlungsvorschlag von Chamberlain scheint nun den deutschen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Aufhebung der Kommission soll in etwa 2-3 Wochen erfolgen. Soweit sich aber die Entwaffnungskommission in Paris gedrängt werden, möglichst rasch zu berichten, wie weit die Entwaffnung Deutschlands vorgeschritten ist. Um dies festzustellen, bereist zur Zeit ja auch der französische General Beld noch einmal ganz Deutschland. Er wie die Militärkommission in Paris werden wenig guten Willen haben, ihre Tätigkeit zu beschleunigen und den Wünschen der Völkerbundmitglieder Rechnung zu tragen. Fest steht in Ost bis jetzt nur das eine, daß die an Stelle der Militärkontrollkommission tretende Völkerbundkontrolle keine künftige sein wird, sondern nur auf besonderes Verlangen vom Völkerbundamt einzuweisen ist.

#### Deutschland.

Stuttgart, 11. Dez. Das Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Karl Müller (Heinrich), ist mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen worden. Müller hat an der von der kommunistischen Partei Deutschlands vorbereiteten Delegation nach Ausland teilgenommen. Müller wird nun vorgeworfen, er habe Versammlungen gehalten mit dem ausgesprochenen Zweck, Verwirrung in die Reihen der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft zu tragen. In verschiedenen Versammlungen habe er die eigene Partei und ihre Führer in der gewöhnlichen Weise verunglimpft und verleumdete.

Defau, 11. Dez. Zwischen dem herzoglichen Daire und dem anhaltischen Staat wurde vorbehaltlich der Genehmigung des anhaltischen Staatsministeriums folgender Vertrag abgeschlossen: Das herzogliche Daire überträgt dem anhaltischen Staat 11 000 Morgen Wald und die Schiffer in Defau, Wörlitz, Oranienbaum, Quilman bei Defau, sowie wertvolle Wälder und Wäldchen. Dafür übernimmt der anhaltische Staat die Pensionen und die Hinterbliebenenversorgung des anhaltischen Dairenbesitzers in Höhe von etwa 700 000 Mark jährlich.

Berlin, 11. Dez. Reichsanwalt Dr. Marx hat an Dr. Stresemann folgendes Telegramm gerichtet: „Zur Verlesung

#### des Nobel-Friedenspreises spreche ich Ihnen meine und der ganzen Reichsregierung aufrichtigste Wünsche aus.

Wenn auch das Ziel der von Ihnen seit Jahren erfolgreich durchgeführten Außenpolitik vornehmlich die baldige und endgültige Befriedung unseres Vaterlandes ist, so erblicke ich in dieser Auszeichnung das Anerkenntnis der Weltöffentlichkeit, daß die deutsche Mitarbeit an der Weltpolitik zugleich dem Frieden der ganzen Erde diene.

#### Das württ. Handwerk zur neuen Gewerbesteuer.

Von der Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks wird uns folgendes mitgeteilt: Nachdem die richtige Handwerkerparlamentarische in der Stadthalle in Stuttgart im Landtag lebhaft kritisiert wurde, hat die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks am 6. Dezember die Sachlage beraten und beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen: Wir stellen fest, daß die Steuerkündigung des Handwerks mit seiner politischen Partei insgesamt im Zusammenhang steht. Gerade der richtige Maßstab zeigt mit aller Deutlichkeit, daß namentlich über die Steuererhöhung eine tiefgehende Unzufriedenheit in den Kreisen des Handwerks herrscht. Diese Unzufriedenheit ist und bleibt in aller Öffentlichkeit festzustellen, was die Aufgabe des dazu bestellten Redners, des Herrn Reichsgerichtsrats und Landtagsabgeordneten Deme-Fabinger. Einmütig wurde von den Vertretern der Organisationen des Handwerks beschlossen, daß die Ausführungen des Herrn Deme in der Stadthalle nicht als das vollste Anerkenntnis des gesamten schwebenden Handwerks finden, wie auch festgestellt wurde, daß der Verhandlungsleiter, Herr Stadtrat Wolf-Stuttgart, in durchaus sachlicher Weise seines Amtes gewaltet hat. Die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks stellt nun in letzter Stunde nochmals fest, daß nach den Durchschnittssteuerberechnungen der Handwerkskammern Heilbronn, Stuttgart und Ulm auf der Grundlage des Regierungsentwurfs das Gewerbesteuererhöhen für die Angehörigen des Handwerks sich gegenüber dem Vorjahr um das Mehrfache erhöhen würde. Die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks hält deshalb an den von seinen Organisationen aufgestellten Forderungen nach Gewerbesteuererhöhung fest, insbesondere an einer härteren Milderung bei der Stoffierung über die Ausdehnung des persönlichen Arbeitsdienstes. Bei der Steuerkündigung des Handwerks ist nicht nur gegen die höhere Gewerbesteuerbelastung Stellung genommen worden, sondern es wurde im Zusammenhang auf die hohe Gesamtsteuerbelastung mit aller Deutlichkeit hingewiesen. Angesichts der Tatsache, daß der Handwerkskammern einnehmenden Steuererhöhen und Klagen über zu hohe Steuerbelastung war es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Vertretung des Handwerks, in einer öffentlichen Kundgebung die Auffassung des Handwerks, ohne Rücksicht auf irgendwelche parteipolitische Erwägungen, zum Ausdruck zu bringen. Wenn während dieser Versammlung von einzelnen Seiten unzulässige Ausdrücke gefallen sind, so muß es verstanden werden, daß bei einer 8-10 000köpfigen Versammlung der Versammlungsleiter bei bestem Willen nicht verhindern kann, wenn einzelne Ausdrücke gefallen sind, die auch von der Vertretung des Handwerks in keiner Weise gebilligt werden.

#### Justizminister Beverle über die „Regierungsstrie“.

In einer Veranlassung in Ulm erklärte Justizminister Beverle, daß er nicht glaube, daß die Gewerbesteuererhöhung an einer Regierungsbildung führen werde. Wenn allerdings das Gesetz abgelehnt würde, dann würde die Regierung zurücktreten müssen. Er glaube jedoch, daß es bei dem vernünftigen Einverständnis der Koalitionsparteien gelingen werde, einen Anknüpfungspunkt für die gemeinsame Annahme des Gesetzes zu finden.

#### Lohnstreitigkeiten in der württ. Textilindustrie.

Die Lohnstreitigkeiten in der württ. Textilindustrie haben dem Schlichtungsamt durch den Anknüpfungspunkt gegeben, am 1. Dez. zwei Schiedsverträge zu erlassen. Durch den ersten Schiedsvertrag wurde festgestellt, daß der alte Tarifvertrag wieder anzuwenden ist, der zweite Schiedsvertrag stellt den alten Tarifvertrag, wie er bis zum Juni d. J. in Kraft war, wieder her, was praktisch einer Lohnerhöhung um fünf Prozent gleich kam. Der den Tarifvertrag betr. Schiedsvertrag wurde von Arbeitnehmerseite abgelehnt, die Arbeitgeber lehnten den Schiedsvertrag aber die Lohnerhöhung ab. Die Arbeitnehmerseite beantragte nun beim Schlichter verbindliche Entscheidung für den zweiten Schiedsvertrag betr. des Lohnabkommens. Am vergangenen Mittwoch sand vor dem Schlichter die Verhandlung statt. Der Schlichter hat den Schiedsvertrag nun als verbindlich erklärt. Von der Verbindlichkeitsklärung werden ungefähr 80 000 Arbeiter betroffen.

#### Wirth gegen Scholz.

Heimar, 11. Dez. Bei einer Kundgebung des Reichstages des Schwarz-rot-Gold in Jena hielt der bekannte Zentrumspolitiker Dr. Wirth eine Rede, in der er sich gegen die Rede Dr. Scholz in Jena wandte. Die Rede des Führers der Deutschen Volkspartei sei angeht als einseitig und unvollständig zu bezeichnen, und es sei daher kein Wunder, daß die Stimmen der Außenpolitik Dr. Stresemann, nämlich Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum Stresemann die Freundschaft kündigten. Ueberhaupt sei die Erklärung, daß für die Volkspartei eine Koalition mit den Sozialdemokraten „niemals“ in Frage komme, nicht angebracht, da der Vorstand hierfür, die angeblich unzulässige Verhandlung über das Arbeitsgesetz, nicht zuständig sei. Es wäre geradezu verwerflich, wenn man das Arbeitsgesetzproblem zur Zeit aufstellen wollte, da dieses nur zur Aufklärung sozialer Gegensätze führen würde. Daher sei auch der Gedanke eines „Reich-Bürger-Bundes“ auf das Schärfste zu verurteilen. Ein Bürgerbund würde die wertvollen Volkspartei nur in neue Abhängigkeit vom Staat hinstellen. Ueberdies bedeute der Bürgerbund eine Wunde Unterwerfung unter das einseitige Machtwort der Wirtschaft, was dem Sieg des ideellen Materialismus gleichkomme. Den sozialen Reaktionen rufe er deshalb zu: „Ihr seid die Parteien, wir sind die Idealisten!“ Für den Erfolg seines eigenen Programms

#### zitierte Wirth zum Schluß die Umgestaltung der Zentrumspartei, bei der es ihm gelungen sei, sie zu einer christlichen, sozialen Volkspartei zu machen.

#### Wieder Generalstab und Generaloberst.

Berlin, 11. Dez. Reichspräsident von Hindenburg hat die neuen Bestimmungen über das Rang- und Vorgesetztenverhältnis der Soldaten der Reichswehr genehmigt, die an Stelle der bisherigen Bestimmungen von 1920 treten. Danach sind in der Rangklasse der Generale wieder die Dienstgrade des Generalstabes und der Generalobersten aufgenommen, die in den alten Bestimmungen nicht vorhanden waren, durch die Beförderung des Generals v. Seekt zum Generalobersten aber eine Lösung, welche die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland vorseht.

#### Weihnachtsbeihilfen für Reichsbahn und Post.

Berlin, 11. Dez. Nachdem die Frage der Weihnachtsbeihilfen für die Reichsbeamten so weit geklärt ist, ist wie U.L.H. erwähnt, damit zu rechnen, daß die Reichsbahn sich der Regelung des Reichs anschließen wird. Das Direktorat hat den Mitgliedern des Verwaltungsrates eine entsprechende Randfrage vorgelegt und darum gebeten, sie bis zum 15. d. M. zu beabsichtigen. Auch die Reichspost wird sich dem Vorgehen des Reiches anschließen. Ihre Beihilfe wird ebenfalls aus eigenen Mitteln getragen.

#### Ausland.

#### Bukarest, 11. Dez. Königin Maria von Rumänien hat durchgeleitet, daß sie am Heiligabend des Prinzen Nikolaus in den Heiligabend kommt.

#### Der Entscheidungsgang in Genf.

Genf, 11. Dez. Die Entscheidung über die Aufhebung der internationalen Militärkontrollkommission liegt nunmehr bei den alliierten Außenministern, die ihren Bescheid auf Grund des Berichtes der Vorkonferenz vom Freitag zu fällen haben. Die Kompetenz der Vorkonferenzkonferenz beschränkt sich auf die Feststellung, inwiefern Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. Falls die Vorkonferenzkonferenz feststellt, daß in zwei Punkten bisher eine Durchführung der Entwaffnungsvorgänge nicht erfolgt ist, so können die alliierten Außenminister demnach die Aufhebung der internationalen Militärkontrollkommission beschließen, falls in den Verhandlungen mit den deutschen Stellen eine Klärung über die beiden verbleibenden Punkte erfolgt ist.

#### Ein Reichstakt der Tschechenabwehr.

Paris, 11. Dez. Der polnische Außenminister Jozefci macht in dem dem Vertreter des wegen seiner Deutschfeindschaft bekannten „Journal des Debats“ Ausführungen über die deutsch-polnischen Beziehungen: Der polnische Außenminister soll, wie das Blatt meldet, erklärt haben, daß er nicht eine gewisse Unruhe über gewisse Reden verbergen könne, die für die deutsche deutsche Staatsämter gehalten hätten. Besonders bedauerte Jozefci, daß Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede eine Unterzeichnung zwischen der Samierung der Welt und Ostpreußen Deutschlands gemacht habe. Er habe, so führte Jozefci weiter aus, gehofft, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund solle bedeuten, daß das Reich den Völkerbund mit allen seinen Verpflichtungen, besonders diejenigen, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Völkerstaaten zu respektieren, übernommen habe. Er müsse aber gestehen, daß sich bis jetzt keine Hoffnung nicht verwirklicht habe. Der Versailles Vertrag habe Polen seinen einzigen Quadratmeter deutschen Gebietes gegeben (?). Zudem habe Polen nicht alles wieder erlangt, was ihm ebenfalls gebührt habe. Die von der deutschen Propaganda beanpruchten Gebiete seien von ethnographischen Standpunkt aus rein polnisch, ebenso wie die im Westen Polens gelegenen Gebiete (?). Die Haltung der deutschen Staatsämter, so schloß der polnische Außenminister, schade sehr der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Die Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen seien zu einem guten Teil auf die Reden der deutschen Staatsämter zurückzuführen.

#### Eine Erklärung Fochs.

Paris, 11. Dez. Wie der „Matin“ mitteilt, erklärte gestern vormittag während der Verhandlung mit General Gough im internationalen Militärkomitee von Versailles dem Anknüpfung militärischer Vertreter der Vorkonferenzkonferenz Marschall Foch: „Wenn der Versailles Vertrag Deutschland berechtigt, die Befestigungen von Königsberg, in ihrem augenblicklichen Zustand“ beizubehalten, so bedeutet das, daß die Unterhaltung und Instandhaltung dieser Befestigungen, aber erst recht alle Verbesserungen und Erweiterungen strikt unterlagert sind. — Die unannehmliche Haltung Fochs und Jules Cambons hat in Genf einen verächtlichen Eindruck hervorgerufen.

#### Die Feiern der Nobelpreisträger.

Stockholm, 10. Dez. Im großen Saale des Konserthauses fand heute die Feier der Nobelpreisträger statt. Unter den Teilnehmern befanden sich der König von Schweden, sowie die Mitglieder der Regierung. Prof. Sahlin, Vorkonferenz des Vorkonferenz der Nobelstiftung hielt die Willkommensrede. Aus den Händen des Königs empfingen die Professoren Franz, Berg, Hammarby und Ebelberg ihre Preise und Diplome. An Stelle von Bernhard Svan, der nicht erschienen war, nahm der englische Gesandte in Stockholm den Literaturpreis für 1925 entgegen. Abends fand im Grandhotel ein Festessen zu Ehren der Preisträger statt. Morgen gibt der König ein Festmahl.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 12. Dez. Als Vertrauensarzt wurde am Freitag in gemeinsamer Sitzung der Amtsanwaltschaft für Neuenbürg und den Wägen, Octobrandenstraße Neuenbürg für beide



nach ihrem Tode besonders  
wird verschiedene Gelegen-  
er und an der Waise mit  
Feuer wichtige Besorg-  
werden nun ausgedehnt und  
ein Infanterie-Regiments  
Bereitungen, die am Besten  
eine.  
sonderer Aufmerksamkeits,  
Dankensverwaltung erweist,  
Verfertigung u. a. eine  
in Dammern kommen. Die  
Dienstreise, die in  
und die Vorgesetzten  
den Orientverwaltung selbst  
hat sie jetzt den Aufhören  
an dem Mann zu bringen.  
Eine englische Waise  
von einem holländischen  
sich zwischen einem Land-  
hat. Der Tausch  
den unter befindet, die  
ist unternimmt. Die  
wie Kräfte. Alles  
stimmte, die seine Anwesen-  
Als er sich nun mit den  
habe er hinter eine große  
schließen lassen. Die  
König. Köstlich hat er  
die Möglichkeit einen  
Zustand. In dieser Zeit  
davor und begann, den  
trotzdem dieser alle Be-  
angehen. Man begann  
Wingen. Mit diesen  
des Meeresschiffers  
er plötzlich einen schweren  
er wollte ihn aufheben,  
er jeder Gelegenheit, die  
erriet er in Gefahr, dann  
geschehen gewesen. Ka-  
de er seinen redlichen Kern  
tätige Bewegungen auszu-  
er hätte, wobei er auf den  
ered zu führen kam. Aber  
die Möglichkeit gegeben ist.  
Er blickte sich ein wenig  
mit den Händen zu er-  
er aber hin, glücklichem  
erwidern drohte. Seine  
anzert. Er hat in immer  
auf das Tier ein, in der  
er wurde. Es schien aber  
er. Bei jedem Stoß wurde  
erlich über sich er doch  
er hat die den Eindruck  
sofort und er unangenehm  
sein Blick, wie einmalig  
er das Tier ganz festlich  
die Oberfläche kam, über-  
er erst nach einigen  
er so erschütternd auf ihn  
aufschauen als Tausch ver-

der Mächtigkeit der Werke Bruner so schwer verlegt, daß er  
kannlich stark. Drei weitere Maschinen wurden nun leicht ver-  
Für die Landeskommissionen tritt keine Sitzung ein.  
Berlin, 12. Dez. Aus den dem Reichstag zugegangenen Aus-  
entscheidungen zu dem Gesetz gegen Schand- und Schmutz-  
wird die „Kronzeitung“ folgendes mitteilen: Die Unabhängig-  
keitsbewegung richtet sich nach dem Sitz des Antragstellers. Wenn  
er Schrift aus verschiedenen Teilen des Reiches Anträge ein-  
reicht, soll die Prüfstelle zuständig sein, aus deren Bereich der erste  
er stellt ist.  
Berlin, 12. Dez. In der Nacht zum Sonntag drangen Einbrecher  
in die japanische Botschaft am Platz der Republik ein. Es  
wurde von Dieben, in das Schlafzimmer des Botschafters, der noch  
er schlief hatte, einzudringen, der wohl ein leichtes Geräusch  
er hörte oder keine Beachtung schenkte. Nachdem er das Licht ge-  
er löschte, schlichen die Diebe ein und erwarbten unter anderem  
einiges Silbergeschmeide, ein Portemonnaie mit 1600 Mark Bargeld,  
ein Paar von der Fluggarderobe eines merkwürdigen Herren-Pierpops, einen  
er Ring und einen Koffer. In wichtigen Papieren ist ihnen der  
er Inhalt des Botschafters in die Hände gefallen. Die Diebe  
er nahmen sehr artikuliert gewesen.  
Berlin, 12. Dez. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher  
in den Berliner Nebengebäude am Kolonnenplatz ein und stahlen ein  
er wertvolles Abendmahlsgesetz. Von einem Krugler auf dem  
er und einem anderen in der Schloßstraße brachen sie Hellandfiguren  
er aus der Schloßstraße entwendeten sie ferner zwei kleine Abend-  
er mahle, eine Tafel und eine Leuchte. Außerdem erbrachen  
er sie 30 Sammelbüchsen und raubten den Inhalt. Von den  
er die mit der Diebstahl sehr vertraut sein müssen, fehlt jede  
er Spur.  
Berlin, 12. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Herold, der Senior  
er im Reichstag, erlitt am Samstag im Reichstag einen Schwäche-  
er an und mußte nach dem Herold-Krankenhaus gebracht werden.  
er Herold liegt im 79. Lebensjahr. Wie die „Germania“  
er hat sich im Krankenhaus herausgestellt, daß Abgeordneter  
er an einer Grippe und rechtsseitigen Lungenentzündung erkrankt  
er sein auch das Befinden des Patienten nicht unbedenklich sei,  
er da die erkrankten Ärzte doch, daß die kranke Natur des  
er die Krankheit überwinden wird.  
Berlin, 12. Dez. Reichsminister Dr. Stresemann, der mit der  
er von der Delegation Montag Abend Genf verließ, wird am Mittwoch  
er in der Reichshausstadt Berlin eintreffen. Am Donnerstag beginnt die  
er ständige Aussprache im Reichstag.  
Berlin, 12. Dez. Der deutsch-demokratische Reichstagsabgeordnete  
er Ludow. Huth wird den Vorschlag im Schugordnungs-  
er der Reichstag. Gegen Huth war wegen seiner Stellung  
er im Reichstag in diesem Verband ein weiteres Vorkommen  
er. Dieses Verbot ist Huth nun offenbar nicht genehmigt.  
er „Reiner Tagelohn“ wird er schließlich beibehalten, er hätte auf sein  
er „Lohn vor seinem Austritt im Reichstag“ verzichten müssen.  
er Die Reichstagsabgeordneten über die Beschlüsse  
er der Reichstagsabgeordneten, aus der schon früher veröffentlicht worden  
er ist, gibt bereits eine ganze Reihe von Meinungen über diesen Gegen-  
er. In manchen als Deutsche auch dem Reichstag zugegangen.  
er, 12. Dez. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte  
er das Reichsgericht in Hannover den 20 Jahre alten Reichsminister  
er Kaiser Wilhelm Beitrag aus Wilhelmshaven, der angeklagt war,  
er den Reichsminister Frau Neher in einem Walde bei Kinn-  
er wald zu töten, wegen Körperverletzung mit tödlichem Aus-  
er gang gegen die Reichsminister und zehn Jahren Zuchthaus unter  
er dem Vorbehalt der lebenslangen Haft.  
Berlin, 12. Dez. Gestern Abend erlitt in der Wohnung des  
er Reichsministers durch Unvorsichtigkeit seiner Kinder ein Brand-  
er und ein Mädchen erstickte.  
Berlin, 12. Dez. Der Reichstagsrat hat in seiner Schlußsitzung  
er die Frage des Saargebietes als die nächste Tages-  
er ordnung zu verhandeln. Man hofft, daß sich bis dahin eine  
er Lösung der Frage der Zurückführung der Truppen aus  
er dem Saargebiet erfinden lassen wird. Bisherig soll die rappa-  
er der Zurückführung der Truppen aus dem Saargebiet fortgesetzt  
er.  
Berlin, 12. Dez. Nach einer Hausanmeldung aus Tokio ist nach  
er dem Bericht über das Befinden des Kaisers von Japan Kräfte-  
er gekommen.  
Berlin, 12. Dez. Den Blättern zufolge ist ein Nachkomme des  
er Kaiserlichen Blutes zum Mitglied des Reichstags gewählt  
er. Er ist der erste Deutsche, der seit dem Kriege in einem der  
er verschiedenen europäischen Reiche nachkommen gefunden hat.  
er, 12. Dez. Wie aus Tokiohaus gemeldet wird, ist die  
er Anzahl zum größten Teil niedrigergekommen. Außerdem  
er hat die Opfer der Flammen gemessen. Die Zahl der zer-  
er stückten Gebäude wird auf 1500, die Zahl der Verwundeten auf 10000  
er geschätzt.  
Berlin, 12. Dez. Ein eigenartiges Jagungsglück ereignete sich heute  
er im Rheinwald, auf der ein aus zwei Personen und zwei Hütten-  
er bestehender richtiger Jagd von einem furchtbaren Sturm um-  
er wirft wurde. Infolge des heftigen Sturms hatten die meisten  
er Tiere mit Ausnahme des Schöpfers die Waagen verlassen. Die  
er, die noch sitzen geblieben waren, erlitten alle größere oder  
er kleinere Verletzungen. Als die Wogen umhüllten, erlitt ein Brand-  
er der Wägenbesitzer. Zwei Wägen wurden vollkommen und  
er zerstört. Die Fische des Meeres würden davon einen  
er großen Teil verloren haben, der vollständig niederbrannte.  
er, 12. Dez. Hier ist der von Einigkeit gebildete Ver-  
er einheitsrat der Reichstagsabgeordneten, der seit 1909 die Reichstags-  
er Zeitung „Ag“ im Alter von 40 Jahren gestorben.  
Das Arbeitsgerichtsgesetz im Reichstag.  
Berlin, 12. Dez. Bei der zweiten Beratung des Arbeits-  
er gerichtsgesetzes im Reichstag betonte nach den Ausführungen  
er des Reichsministers Abg. Kappeler (Soz.) die Wichtigkeit  
er im neuen Reichstag auch eine neue Rechtsordnung zu  
er. Der Reichstag begrüßt die Vorlage als einen Anfang  
er der sozialen Arbeit. Die sozialdemokratische Fraktion  
er ist in der Vorlage, wie sie aus dem Ausschuss gekommen  
er ist, die Grundzüge zur Einweisung einer selbständigen und  
er unabhängigen Sozialgerichtsbarkeit, zu einem Recht, in dessen  
er Bereich nicht der Klassenbegriff des Richterstandes, sondern  
er der soziale Faktor steht. Dr. Kappeler (Soz.): Die Vorlage bedeutet  
er einen Schritt einen Schritt ins Dunkle. Das Recht muß  
er unabhängig aller Verhältnisse sein. Die Einrichtung der  
er Sozialgerichte erster Instanz sei eine Verletzung der Reichs-  
er richterlichen Unabhängigkeit. Dr. Weill weist die Angriffe auf die  
er Einrichtung im allgemeinen und auf die Einweisung des deut-  
er schen Richterstandes als unbegründet zurück. Die völlige Frei-  
er stellung der ordentlichen Richter von den Arbeitsgerichten wäre  
er ein Schritt für die Richter und für das Arbeitsrecht. Die Ein-  
erweisung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit  
er ist auf der anderen Seite einen Abbau der bestehenden so-  
er zialen Arbeit zu bedeuten. Die vollständige Ausschließung der  
er Richter aus dem ersten Instanz bedinge ihm nicht. Die Vorlage  
er ist im allgemeinen den richtigen Mitteln. Aufschub  
er ist nicht für seine Fraktion mit der Vorlage in der  
er Hinsicht einverstanden. Oberster Punkt der Arbeit-  
er gerichte in die schnelle Überführung von Vergleichen. Er er-  
er wartet auf die Entscheidung zu einem wichtigen Faktor des  
er deutschen Rechts werden möchten. (Beifall.) Dr. Weill: Der Ent-  
erwurf des Charakter eines Kompromisses, bedeute aber  
er einen Fortschritt. Dr. Kappeler (Soz.) erklärt sich

mit der Grundtendenz des Gesetzes einverstanden, das einen  
er Fortschritt des Rechts bedeute. Ein Teil seiner Fraktion werde  
er für den deutschnationalen Antrag auf Angliederung der Ar-  
erbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte stimmen. (Beifall.)  
er (Dr. Weill, Berg.) verlangt die Angliederung an die ordent-  
er lichen Gerichte und die Zulassung von Anwälten auch in der  
er ersten Instanz. (Beifall.) (Dr. Weill) begrüßt die Vorlage. Sie  
er schaffe keinen neuen Apparat, sondern vereinfache und verein-  
er beilige die bisher verwickelte Arbeitsgerichtsbarkeit. Die be-  
er sonderen Aufgaben der Arbeitsgerichte können von den ordent-  
er lichen Gerichten gar nicht erfüllt werden. — Damit schließt die  
er allgemeine Aussprache. Montag 3 Uhr Einzelberatung.  
Die Einigung in Genf gelungen.  
Bedingungslos!  
Genf, 12. Dez. Die Ministerbesprechung über die Frage  
er der internationalen Militärkontrollkommission wurden heute  
er Abend um 6 Uhr abgeschlossen. Eine Einigung ist erzielt wor-  
er den. Die internationalen Militärkontrollkommission verläßt am  
er 31. Januar 1927 bedingungslos Deutschland. Eine amtliche  
er Mitteilung über das Ergebnis wird im Laufe des Abends aus-  
er gegeben werden. Die deutsche Delegation verläßt am Montag  
er Abend Genf.  
Auflösung der Kontrollkommission.  
Genf, 12. Dez. Die letzte Militär-Konferenz wurde am  
er Sonntag um 3 Uhr abends zu Ende geführt. Folgendes Schluß-  
er Communiqué wurde abgegeben:  
„Im Verlaufe einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926  
er in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, fran-  
er zösischen, großbritannischen, italienischen und japanischen Regie-  
er rungen über die bei der internationalen Militärkontrollkommission  
er und der Ausschüsse stattfand, wurde in der Sache befindlichen  
er Fragen festgestellt, daß, inwieweit mit Genehmigung fest-  
er gestellt werden, daß über den größten Teil der mehr als hundert  
er Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Monat  
er Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestim-  
er mungen des Vertrages von Versailles kritisch waren, eine Ver-  
er einigung erzielt worden ist. Die Verhandlung über zwei  
er Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung,  
er daß auch diese beiden Fragen glänzlich geregelt werden können.  
er Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden:  
1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Ar-  
er mierungen und die Frage des Kriegsmaterials wird vor der Ar-  
er beiterkonferenz vertagt werden. Es werden neue Vorschläge  
er gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Ab-  
er schluss zu erleichtern.  
2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung  
er werden alle in Rede stehenden Arbeiten in den Festungen ein-  
er gerichtet, unbeschadet des Rechtes der Parteien, ihren Rechtsstand-  
er punkt zu verteidigen.  
3. Die internationalen Militärkontrollkommission wird am  
er 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückkehren. Von diesem  
er Tage an findet Artikel 215 des Friedensvertrages Anwendung,  
er nach Maßgabe der vom Völkerbundrat gefassten Beschlüsse.  
4. Wenn an diesem Tage die bestrittenen Fragen nicht  
er alles Erinnern nach einer glänzlichen Lösung gefunden haben sol-  
er len, werden sie vor den Völkerbundrat gebracht werden.  
5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten  
er oder noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, kann jede  
er der in der Ausschüssekonferenz vertretenen Regierung über  
er Vorschlag in Berlin einen technischen Sachverständigen einberu-  
er fen, der geeignet ist, mit den zuständigen deutschen Behörden  
er in Einklang zu treten.“  
In diesen Verhandlungen der Zwei-Mächte-Konferenz ist fol-  
er gendes zu bemerken: In der Frage des Kriegsmaterials ist  
er England eingeschlossen, den Vertrag wesentlich einzuschränken, so  
er daß die neuen Vorschläge bei der Ausschüssekonferenz sowohl  
er von deutscher als auch von englischer Seite kommen werden.  
er Es ist zu erwarten, daß in diesem Punkt die Schwierigkeiten in  
er allerhöchster Zeit behoben sein werden. Was die Erörterungen  
er anderer Punkte anbelangt, doch nicht das nicht an dem Rechtsstand-  
er punkt Deutschlands. Von großer Bedeutung ist, daß in der  
er Vereinbarung, die heute getroffen wurde, auf den Artikel 215,  
er der in Bezug auf die Untersuchungen eine entscheidende Rolle  
er spielt, Bezug genommen wird. Von irgend einer Änderung  
er in der zu erzielenden Untersuchungskommission kann keine Rede  
er mehr sein. Alle durch Experten zu klärenden Fragen werden  
er durch die betreffenden militärischen Verbände erledigt werden,  
er so daß sowohl das Militärkontrollkommission in Versailles als auch  
er die Ausschüssekonferenz ihres Amtes als erlösbare zu betrach-  
er ten sind. Dieses für Deutschland äußerst günstige Kompromiß  
er konnte erst nach einem langen, fast vierstündigen Kampf durch-  
er gebracht werden, denn die Vorschläge ausgingen auf die Interessen  
er der einen oder anderen Partei nicht die Befugnis zu einer Verein-  
er barung einzeln zu haben, wie sie heute eben zustande kam. Schwei-  
er zigen sind wie Brand ausdrücklich gegenüber seinen Kol-  
er legen dem Reich, in Frankreich zu erwarten, doch rechnet er  
er damit, sowohl die Mehrheit des französischen Parlamentes als auch  
er die überredende Majorität der öffentlichen Meinung, na-  
er mentlich in der Provinz, für sich zu haben. Nach der entschei-  
er denden Sitzung sagte Brand vor den Journalisten: „Wenn  
er ich jetzt nach Frankreich zurückkehre, so tue ich es mit der Über-  
er zeugung, daß ich meinen Lande einen Dienst erwiesen habe.“  
er Die Geschichte wird beweisen, daß der von mir eingeschlagene  
er Weg, das Schicksal der Grundlage aller europäischen Fragen  
er zu machen und alle Differenzen in Zukunft dem Schieds-  
er gericht überlassen zu lassen, der beste ist.“ Brand äußerte  
er sich dahin, daß er bereit sei, den Kampf, falls er ihm angeboten  
er werde, anzunehmen mit der Gewissheit, ihn in der letzten  
er Runde, wie er sagte zu gewinnen. Brand betonte noch, daß  
er Stresemann einen hohen Grad von Entgegenkommen gezeigt  
er habe und daß sich Deutschland in Genf der großen Rolle, die es  
er in Europa zu spielen habe, würdig zeigte. Chamberlain sagte  
er vor einer großen Anzahl von Journalisten folgendes: „Wir  
er haben schwer gerungen. Was wir erreicht haben, ist ein gün-  
er stiges Resultat, das noch eine Reihe von weiteren Vorteilen  
er für Europa mit sich bringen wird.“ Chamberlain sagte auf die Frage, wann die Rheinlanddränung er-  
er rörtet werden soll, folgendes: „Ich hoffe, daß wir bereits im  
er Januar das Kommen werden, uns auf schriftlichem Wege über  
er die Vorbereitung einer Konferenz zu unterhalten.“  
Länderverträge war zunächst bestritten über den Ausgang der  
er Verhandlungen. „Ich habe“, so sagte er, „eine schwierige Be-  
er stimmungsfrage gestellt und gewollt, mehrmals daran, ob ich diese  
er Aufgabe mit Glück werde vollenden können. Heute bin ich zu-  
er frieden mit dem Ausgang der Verhandlungen, die uns die Ge-  
er wissheit auf eine Reihe von weiteren nützlichen persönlichen  
er Ausdrücken gewährt.“  
In Völkerbundkreisen hat die endgültige Klärung der  
er internationalen Fragen äußerst günstige Aufnahme gefunden. Der  
er Generalsekretär Sir Eric Drummond hat erklärt, das Resultat  
er der im Hotel Beauvillain geführten Verhandlungen habe be-  
er wiesen, daß die Genfer Konferenz selbst für die Lösung schwei-  
er ziger Probleme äußerst günstig sei. Auf der deutschen De-  
er legation nimmt man den Standpunkt ein, daß der erzielte Kom-  
er promiß Deutschland eine wertvolle Erleichterung bringen  
er werde. Das nächste Ziel, die Rheinlanddränung werde man  
er jetzt erstreben können.  
Die Untersuchungsfrage gelöst.  
Genf, 12. Dez. Die Hebeimigung des Völkerbundrates am

Zamstag dauerte knapp 40 Minuten. Der Völkerbundrat  
er nahm einen Bericht des schiedsrichterlichen Kommissionsmitglieds Dr.  
er Vensch über die Interpretation des Untersuchungsprotokolls  
er entgegen, der einstimmig und beiseite angenommen wurde.  
er Der Bericht lautet:  
In Erwiderung auf gewisse Fragen, die von der deutschen  
er Regierung hinsichtlich der vom Völkerbundrat am 27. Septem-  
er ber 1924 und am 11. März 1925 angenommenen Regeln gestellt  
er worden sind, trifft der Rat folgende Bestimmungen: 1. Der  
er Völkerbundrat entscheidet gemäß Art. 215 des Vertrages von  
er Versailles durch Mehrheitsbeschluß, ob es in einem konkreten  
er Falle notwendig ist, zu einer Untersuchung zu schreiten; er hat  
er alsdann Übermaß und Grenze der Untersuchung zu festzu-  
er legen. Die Untersuchungskommissionen handeln unter der  
er Autorität und nach den Befehlen des Völkerbundrates, der  
er mit Mehrheit beschließt. 2. Um eine wirksame Untersuchung zu  
er ermöglichen, hat sich die Untersuchungskommission an die von  
er der deutschen Regierung bezeichneten Vertreter oder deren Be-  
er auftraggeber zu wenden, wenn es abliegt, unbeschadet der Mitwir-  
er kung der nach der deutschen Gesetzgebung zuständigen Behör-  
er den, Germanische und Militärbehörde herbeizuführen. Niemand  
er wird im beiderseitigen Einverständnis zu den Nachforschungen  
er und Feststellungen geschritten, welche die Kommission in den  
er Grenzen ihrer Aufgabe für zweckmäßig hält. 3. Die Bestim-  
er mung, wonach die Angehörigen der dem Untersuchungsrecht  
er unterworfenen Staaten nicht Mitglieder der Untersuchungskom-  
er missionen sein können, ist so zu verstehen, daß die Angehörigen  
er des Staates, auf dessen Gebiet zu einer Untersuchung geschrit-  
er ten wird, niemals Mitglieder der zu dieser Untersuchung schrei-  
er tenden Kommission sein sollen. 4. Es besteht Einverständnis  
er darüber, daß die Bestimmungen des Artikels 215 des Friedens-  
er vertrages mit Deutschland über die Untersuchungen auf die  
er entmilitarisierten Rheinlandzone in gleicher Weise wie auf die  
er übrigen Teile Deutschlands anwendbar sind; diese Bestimmungen  
er haben für diese Zone ebenso wenig wie für andere Ge-  
er biete die Einrichtung einer besonderen Kontrolle durch ständige  
er und dauernde lokale Elemente vor. In der entmilitarisierten  
er Rheinlandzone können Decourts besondere, nicht in Artikel 215  
er vorgesehenen Elemente nur durch ein Abkommen zwischen den  
er beteiligten Regierungen eingerichtet werden. 5. Die Feststel-  
er lungen der vorstehenden Absätze 1, 2 und 3 finden natürlich auch  
er in dem Falle der Artikel 159 des Vertrages von St. Germain,  
er 143 des Vertrages von Trianon und 104 des Vertrages von  
er Versailles Anwendung.  
Die Präsidenten der Untersuchungskommissionen.  
Genf, 12. Dez. In der letzten Völkerbundratsitzung  
er wurden auf den Bericht Vensch die folgenden Präsidenten  
er der Untersuchungskommissionen ernannt: Präsident der  
er Untersuchungskommission für Deutschland ist der holländische  
er General Parader. Präsident der Untersuchungskommission für  
er Frankreich ist der italienische General Corvetti. Präsident der  
er Untersuchungskommission für Ungarn der englische General  
er Bonard-Carter. Als Präsident für die bulgarische Untersu-  
er chungskommission ist ein höherer Offizier der holländischen Ar-  
er mee in Aussicht genommen. Seine Wahl wird durch den Prä-  
er sidenten des Völkerbundrates gemeinsam mit der Regierung von  
er Holland erfolgen.  
Zusammenkunft des französischen Ministerrats.  
Paris, 12. Dez. In der Ministerrat, der heute Abend  
er 6 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Ver-  
er einigungssaal stattfand, wird folgendes offizielle Communiqué  
er abgegeben: „Der Ministerrat hat sein Einverständnis mit  
er dem Minister des Auswärtigen über die Völkerbundrat  
er über die glänzlichen Ergebnisse ausgesprochen, die durch die ver-  
er trauensvolle Zusammenarbeit der Regierung mit Brand er-  
er zielt wurde.“  
Die Freigabe des deutschen Eigentums.  
Washington, 12. Dez. Der Handelsvertrag über die ein-  
er gültige Freigabe des deutschen Eigentums hat die ein-  
er gültige Freigabe des deutschen Eigentums gütlich. Der Wortlaut des Ge-  
er setzes ist noch nicht veröffentlicht worden. „Associated Press“  
er zufolge sollen nach dem Entwurf die deutschen und die ameri-  
er kanischen Staatsangehörigen bei der Freigabe als gleichberechtigt  
er behandelt werden. Eine sofortige Teilzahlung auf die zu-  
er erkannten Ansprüche ist vorgesehen. Ein Ausnahmefall soll den  
er Wert der beschlagnahmten Schiffe, Mobilisationen und Patente  
er bestimmen, der auf etwas über 100 Millionen Dollar geschätzt  
er wird. Der Geldbetrag und die Fonds, über die der Trans-  
er fer des beschlagnahmten fremden Eigentums gegenwärtig  
er verfügt, sollen für die sofortigen Leistungen verwendet werden,  
er während die den Vereinigten Staaten auf Grund der Trans-  
er aktungen zuzehenden Summen dazu verwendet werden sollen,  
er den Rest zu decken.  
Kirchenfelder Familien-Chronik  
vom Monat November.  
a) Geburten:  
3. Nov.: Walter, Sohn des Gärtners Friedrich Beyer und  
er seiner Ehefrau Elise geb. Drey.  
b) Eheschließungen:  
5. Nov.: Wilhelm Dömer und Bertha geb. Metzke;  
7. Nov.: Otto Oberle und Elise geb. Weinger;  
8. Nov.: Christian Schrott und Maria geb. Müller;  
9. Nov.: Emil Stumpe und Maria geb. Bollmeyer;  
c) Sterbefälle:  
12. Nov.: Christiane Rau geb. Vott, 72 J. a., Witwe des  
er Baumgärtners Wilhelm Rau;  
17. Nov.: Christiane Dömer geb. Müller, 67 J. a., Witwe des  
er Goldarbeiters Ernst Dömer;  
17. Nov.: Maria Gieger geb. Rix, 25 J. a., Ehefrau des  
er Bäckers Karl Gieger.  
Sportklub.  
Fußball. Das internationale Länder-Wettbewerb Deutsch-  
er land-Schweiz, das in München von 40000 Zuschauern aus-  
er getragen wurde, endigte mit einem 2:3 Sieg zu Gunsten der  
er Schweiz.  
In der Bezirksliga spielte Böding Kirchstraße für eine  
er 11 Versetzung, indem sie die Stuttgarter Kickers mit 2:1 ge-  
er schlugen nach Hause schickten. S. F. L. Stuttgart blieb über die  
er Spielarten Dillbrunner Kickers mit 3:2 Sieger und be-  
er hält weiter die Spitze in der Tabelle mit dem gegen die Böding-  
er Kickers. Die übrigen Spiele, die für die Tabelle weniger  
er von Bedeutung sind, zeigten folgendes Ergebnis: Freiburger  
er A. M. - Sportfreunde Stuttgart 0:3, Sportklub Stuttgart-  
er Sportklub Freiburg 1:2.  
Englischer Preisliga: Germania Pödingen  
er wird von einer großen Zuschauermenge gegen den Ersten Fuß-  
er ballklub Birkfeld mit 4:0 Toren besiegt. Der Erste Fuß-  
er ballklub Pödingen gewann gegen Germania Union 7:4, Nie-  
er fern-Dillbrücken 5:1 und Würzburger Fußballklub gegen  
er Adler Dillbrücken 5:3.  
A-Klasse: Engelsbrunn mußte sich von Heppenheim mit  
er 2:0 als geschlagen begeben.  
B-Klasse: Wildbad und Galmers spielen unentschie-  
er den 0:0. Schwann gewann gegen Herbach 2:1, während das  
er Spiel Würzburger-Heppenheim bei einem Stand von 5:3 für  
er Würzburger abgebrochen wurde.  
M.

